

## Russland und Weißrussland: Politische Entfremdung oder komplizierte Normalisierung?

Die Spannungen in den Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland waren in den letzten Wochen nicht zu übersehen und vor allem nicht zu überhören. Und sie beschränkten sich nicht auf ein Thema, sondern spielten sich auf unterschiedlichen Ebenen ab: Es gab bekannte, wie auch neue wirtschaftliche Konflikte, geopolitische Uneinigkeit und eine Reihe brüskierender symbolischer Gesten auf beiden Seiten. Zu einem ersten offenen Ausbruch kam es im Mai, als Moskau die Zahlung der zweiten Hälfte eines versprochenen Milliardenkredits an Weißrussland verweigerte. Anfang Juni verhängte Russland ein Einfuhrverbot für Milchprodukte aus Weißrussland. Lukaschenko nahm daraufhin Mitte Juni demonstrativ nicht an einer Sitzung des Rates für kollektive Sicherheit in Moskau teil und ließ sogar kurzfristig Zollkontrollstellen an der gemeinsamen Unionsstaatsgrenze errichten. Auch die Frage nach den Gasschulden von Minsk an Moskau scheint nicht gelöst. Dauer und Vielfalt der Konflikte zwischen Weißrussland und Russland werfen die Frage auf, ob es sich dabei nur um die bekannten, zyklisch wiederkehrenden Uneinigkeiten handelt oder ob sie als das Zeichen einer tiefergehenden politischen Entfremdung der beiden Staaten zu werten sind.

### Saisonale Schwankungen

In den grundsätzlich wechselhaften Beziehungen zwischen Russland und Weißrussland konnte ein aufmerksamer Beobachter in den letzten Jahren durchaus saisonale Schwankungen ausmachen: Zu Beginn eines Jahres führen Minsk und Moskau in der

Regel einen freundlichen Dialog. Russland erwartet von Weißrussland die Erfüllung von Verpflichtungen, die es Ende des vorangegangenen Jahres eingegangen war, um bestimmte Vergünstigungen vom Nachbarn im Osten zu erhalten. Irgendwann im Frühjahr beginnt Russland dann Forderungen – zu meist wirtschaftlicher Natur – zu erheben, auf die Weißrussland erst einmal ablehnend reagiert. Kurz darauf wird aus dem wirtschaftlichen ein politischer Konflikt, der bis zum Sommer mal mehr, mal weniger eskaliert, woraufhin sich die Beziehungen insgesamt bis Oktober oder November abkühlen. Im Winter, gegen Ende des Jahres, geht es dann darum, die Bedingungen für die Zusammenarbeit im nächsten Jahr auszuhandeln. Die letzte Phase ist meistens die am heftigsten umstrittene, sie endet allerdings fast immer in einem Kompromiss. Jeder „Konflikt-Kompromiss-Zyklus“ ändert die Form der Beziehungen zwischen Russland und Weißrussland und wirkt sich in unterschiedlicher Intensität auf die Innenpolitik beider Länder aus.

### Der Kreditstreit

Zwar zeichnet sich auch in diesem Jahr der beschriebene saisonale Zyklus in den russisch-weißrussischen Beziehungen ab, die Konfliktreihe der letzten Wochen scheint allerdings eine neue Qualität zu besitzen, die noch schwer zu bewerten ist. Die diesjährige Streitsaison begann Ende Mai, als Regierungschef Putin mit seinem Finanzminister Kudrin zu politischen Gesprächen nach Minsk kam. Während sich der russische Premier unter vier Augen mit Lukaschenko beriet, erklärte Kudrin auf einer Pressekonferenz im Rahmen einer Ministerratssitzung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## BELARUS

STEPHAN MALERIUS

27. Juli 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/belarus](http://www.kas.de/belarus)

des gemeinsamen Unionsstaates, Russland sei wegen der unsoliden Wirtschaftspolitik von Weißrussland nicht bereit, die zweite Tranche des Ende 2008 vereinbarten Milliardenkredits zu überweisen: „Unser Meinung nach unternimmt die belarussische Regierung unzureichende Maßnahmen, um die finanzielle Solvenz der eigenen Wirtschaft zu gewährleisten“, erklärte Kudrin und verwies darauf, dass auch der IWF sich nicht beeile, eine neue Tranche des Anfang des Jahres gewährten Milliardenkredits zu überweisen.

Dass eine mangelnde Krisenpolitik von Minsk nicht ausschlaggebend für Kudrins Auftritt gewesen sein kann, zeigt die Tatsache, dass der IWF nach eingehender Prüfung Anfang Juni den ursprünglich zugesagten Kredit von 2,5 Milliarden Euro sogar um eine weitere Milliarde aufstockte und eine zweite Tranche Anfang Juli an Weißrussland überwies. Die rein wirtschaftlichen Gründe waren also vorgeschoben, tatsächlich dürften dem Verhalten der russischen Delegation und der offenen Brückierung von Lukaschenko andere Ursachen zugrunde gelegen haben: Man ist in Moskau verärgert über die immer noch nicht erfolgte Anerkennung von Abchasien und Südossetien durch Weißrussland. Darauf hatte der russische Botschafter in Minsk in den Wochen zuvor wiederholt hingewiesen. Wenig erfreut – oder zumindest misstrauisch gestimmt – ist man im Kreml zudem über die Annäherung zwischen Weißrussland und der EU, Lukaschenkos offene Begeisterung für das Programm der Östlichen Partnerschaft und die Besuche von hohen EU-Beamten wie Javier Solana oder Benito Ferrero-Waldner in Weißrussland. Zudem weigert sich Minsk beharrlich, den russischen Rubel als Währung im bilateralen Zahlungsverkehr zu akzeptieren und blockiert auch immer noch hartnäckig den ungehinderten Zugriff russischen Kapitals auf den weißrussischen Markt.

Die Pressekonferenz des russischen Finanzministers provozierte eine heftige Reaktion von Lukaschenko, der Kudrin mit den „Strolchen“ der eigenen politischen Opposition verglich und ihm vorwarf, Panik im Land säen zu wollen. Auf einer Regierungskonferenz unterstrich Lukaschenko die Un-

abhängigkeit und Souveränität von Weißrussland und wies die eigene Regierung an, auf keinen Fall auf den Knien nach Moskau zu rutschen.

### Der Milchkrieg

Auf diese vornehmlich durch Verbalinjurien geprägte Auseinandersetzung (Premierminister Sidorski forderte am 09. Juni die eigenen Beamten auf, den „Krieg der Worte“ gegen Russland zu beenden), folgte umgehend ein weiterer Konflikt, der sich zum sog. Milchkrieg auswuchs. Am 06. Juni erklärte Russland einen Einfuhrstopp für nahezu alle Milch-Produkte aus Weißrussland mit der Begründung, die belarussischen Produzenten hätten es versäumt, sich um neue Zertifikate zu kümmern, die seit Ende 2008 in Russland gültig seien.

Dieser nun schon primär wirtschaftliche Streit lief nach einem bekannten Szenario ab. Ein in Minsk angesiedelter Think Tank beschrieb dieses klassische russisch-weißrussische Drama in sieben Akten:

1. Eine bestimmte Wirtschaftsgruppe in Russland (Gazprom, Transneft, Zuckerproduzenten etc.) erklärt ihr wirtschaftliches Interesse gegenüber Weißrussland und beschwert sich bei den zuständigen eigenen Politikern über den Nachbarstaat.
2. Russlands Regierung beginnt, die Interessen dieser Wirtschaftsgruppe zu schützen und erhebt Forderung gegenüber Weißrussland, wobei es auf dessen Widerstand stößt.
3. Die beginnende wirtschaftliche Eskalation verlagert sich auf die politische Ebene und wird dort zugespitzt (in der Regel bis zu Drohungen der Auflösung des Unionsvertrags). Alle Argumente, einschließlich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, werden eingesetzt.
4. Russland beginnt, wirtschaftlichen Druck auszuüben; Belarus zieht sich auf politische Demonstrationen zurück mit einem pseudo-wirtschaftlichen Effekt, z.B. die Einführung von Transitge-

## BELARUS

STEPHAN MALERIUS

27. Juli 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)[www.kas.de/belarus](http://www.kas.de/belarus)

bühren oder – wie beim „Milchkrieg“ – die kurzfristige Errichtung von Zollkontrollpunkten an der Grenze zu Russland.

5. Während die politischen Interpretationen des Konfliktes die Nachrichten beherrschen und der wirtschaftliche Druck hoch ist, treffen sich die Wirtschaftsexperten beider Seiten zu Verhandlungen. Weißrussland macht Zugeständnisse und erklärt sich mit Russlands Forderungen einverstanden; Russland seinerseits schwächt die Bedingungen ab, die vor der Eskalation aufgestellt worden waren, weicht aber nicht auf die Position vor dem Konflikt zurück. Man einigt sich.
6. Beide Seite interpretieren die Einigung als eigenen Erfolg, was durchaus gerechtfertigt ist, da die Zugeständnisse, die während der Verhandlungen gemacht wurden, weitaus niedriger waren als das, was in den Medien berichtet wurde. Sie waren auch niedriger als die ursprünglichen Erwartungen der Konfliktparteien.
7. Letztendlich führt der Konflikt zu einer Konsolidierung der nationalen Eliten, einer Stärkung der Loyalitäten zu den jeweiligen Regierungen und der patriotischen Stimmungen im jeweiligen Land.

**Fleisch, Gas und Traktoren**

Zwar hieß es Ende Juni, der „Milchkrieg“ sei beigelegt, doch das Säbelrasseln setzt sich fort: Fast wöchentlich droht Russland, zu den aufgehobenen Sanktionen oder ähnlichen Maßnahmen zurückzukehren, wenn Minsk die gemachten Zugeständnisse (hier geht es auch, wenn nicht vor allem, um Exportquoten...) nicht einhalte. Und auch in anderen Bereichen beherrschen fast ausschließlich Negativmeldungen das bilaterale Verhältnis: Anfang Juli verspricht Premierminister Putin, den Vorwurf zu prüfen, Weißrussland liefere heimlich fertige Landwirtschaftsmaschine an Russland, ändere dort die Herkunftszertifikate und verkaufe die Maschinen als in Russland produziert,

wo der Absatz russischer Maschinen seit dem Frühjahr staatlich subventioniert ist. Kurzfristig kam darauf das Gerücht auf, Russland habe 4.000 weißrussische Traktoren auf Grund schlechter Qualität zurückgegeben. Minsk dementierte das. In der letzten Woche verhängte Russland ein Einfuhrstopp gegen einige Fleischprodukte, die in Weißrussland verpackt wurden, angeblich wegen gesundheitsgefährdender Substanzen in diesen Produkten. Minsk schloss daraufhin eine Ölpipeline, die russisches Dieselöl zum lettischen Hafen Ventspils transportiert und über belarussisches Gebiet verläuft. Grund waren angeblich nicht reparierte technische Mängel. Die russischen Eigentümer dementierten das. Und neben all diesen einzelnen Streitpunkten schwelt seit Anfang des Jahres der traditionelle Konflikt um den Gaspreis, den Weißrussland an Russland zu zahlen hat: Mitte Juni erklärte Gazprom, Weißrussland habe aus den ersten vier Monaten des Jahres noch Schulden in Höhe von 230 Mio. US-Dollar zu begleichen. Die belarussische Seite dagegen versicherte, für das russische Gas im vollen Umfang bis einschließlich Mai gezahlt zu haben. Nur in einem Punkt waren sich Minsk und Moskau einig: Über den Preis bzw. die Preisformel, nach der Weißrussland an Russland in 2009 für das gelieferte Gas zahlt, schweigen sich beide Seiten hartnäckig aus.

**Politischer Boykott**

So stark diese Konflikte zwischen Weißrussland und Russland medial aufgebauscht wurden, im Kern handelte es sich meist um Sachauseinandersetzungen, bei denen es um handfeste wirtschaftliche Interessen ging. Insbesondere Lukaschenko aber – ein Meister der symbolischen Politik – flankierte diese konkreten Konflikte mit politischen Gesten, die als ein probates Stimmungsbarmeter für die bilateralen Beziehungen zwischen Weißrussland und Russland dienen: Hatte er sich im Frühjahr noch wiederholt mit Putin, Medwedew oder dem neuen Patriarchen Kirill in Russland getroffen, reiste er am 14. Juni demonstrativ nicht zum Moskauer Gipfeltreffen des Rates für kollektive Sicherheit, einem Bündnis, in dem sechs postsowjetische Staaten und Russland

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## BELARUS

STEPHAN MALERIUS

27. Juli 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/belarus](http://www.kas.de/belarus)

seit 2002 regelmäßig zu sicherheitspolitischen Fragen zusammenkommen. Ein Sprecher Lukaschenkos teilte mit, das Treffen sei sinnlos, solange einzelne Staaten des Bündnisses die wirtschaftliche Sicherheit anderer Staaten bedrohten. Einen Monat später ignorierte Lukaschenko eine Einladung von Präsident Medwedew zu einem informellen Gipfel aller GUS-Staatschefs, der traditionell im Sommer anlässlich eines Pferderennens in Moskau stattfindet. Symbolisch noch schwerwiegender war das Schweigen von Minsk zu einer Resolution der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Juli. In der von slowenischen und litauischen Abgeordneten eingebrachten Erklärung wurden unter dem Titel „Wiedervereinigung des geteilten Europa“ u.a. die Verbrechen des Stalinismus nachdrücklich verurteilt. Die russische Führung kritisierte den Text scharf, da nach ihrer Auffassung in ihm Nazideutschland und die Sowjetunion gemeinsam für den zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht würden. Einzig Kasachstan schloss sich der russischen Verurteilung an.

### **Politische Entfremdung oder Normalisierung der Beziehungen?**

All die beschriebenen Konflikte besitzen mindestens drei gemeinsame Merkmale: Sie haben ritualisierten Charakter und laufen nach erprobten Szenarien in ähnlicher Form regelmäßig ab. Gleichzeitig sind sie in der Regel vollkommen intransparent, weder in Russland noch in Weißrussland sind die Öffentlichkeit oder die Medien über Hintergründe, Verhandlungsverlauf oder Verhandlungsergebnis glaubwürdig informiert. Häufig steht Aussage gegen Aussage, und es gibt keine Möglichkeit, den Wahrheitsgehalt der Erklärungen zu überprüfen. Und schließlich sind die Auseinandersetzungen grundsätzlich immer multikausal, insbesondere bei den wirtschaftlichen Konflikten der letzten Wochen darf die globale Finanzkrise als eine wichtige Ursache für die Gereiztheit auf beiden Seiten nicht außer Acht gelassen werden. Sie hat seit Anfang des Jahres in beiden Ländern zu starken protektionistischen Auswüchsen geführt.

Sieht man die Auseinandersetzungen der letzten drei Monate in einem weiteren politischen Zusammenhang, könnten sie auch als Teil eines komplizierten Normalisierungsprozesses in den Beziehung der beiden Länder interpretiert werden. In Russland wird man verstehen müssen, dass eine Inkorporation von Weißrussland in die russische Föderation oder eine wirtschaftliche Annektierung keine Option mehr ist und weder in der politischen Führung in Minsk noch bei der Bevölkerung des Nachbarlandes Unterstützung findet. Die Ausgestaltung des Unionsstaates zwischen Russland und Weißrussland wird solange nicht wirklich vorankommen, wie dieser Umstand in Moskau nicht anerkannt ist. In Europa hingegen darf man sich nicht der Illusion hingeben, dass eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Minsk und Moskau automatisch zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Weißrussland und der EU führt, mit all den gewünschten Folgen einer Demokratisierung des Landes oder marktwirtschaftlicher Reformen.

Beide Seiten, Russland und die EU, sollten in den nächsten Monaten vor allem ihre uneingeschränkte Anerkennung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität von Belarus signalisieren, denn hier besteht weiterhin viel Unsicherheit in Weißrussland. Das könnte entscheidend zur Entspannung in der Region beitragen. Gleichzeitig ist es eine der wichtigsten Aufgaben der konstruktiven Kräfte in Weißrussland selbst, die Entwicklung einer nationalen Identität voranzutreiben. Dabei geht es um die eigene Sprache, Kultur und Geschichte. Auch hier könnten Russland und Europa helfen. Schließlich darf man gespannt sein, ob auch Lukaschenko diese Aufgabe sieht und bereit ist, an ihr mitzuwirken. Letzten Monat hat er einen neuen Kulturminister ernannt: Pawel Latuschko ist der erste belarussischsprachige Minister seit 1994.